



Medienmitteilung

BDP über Kantonsfinanzen äusserst besorgt – Ausgabenwachstum unverändert hoch

Die BDP nimmt mit grosser Besorgnis von der Rechnung 2012 Kenntnis, die mit einem Ausgabenüberschuss von rund 200 Mio Franken abschliesst. Dieses Resultat ist zwar etwas besser als noch im Herbst 2012 vermutet (rund 400 Mio Defizit), aber wesentlich schlechter als das Budget, das auf Grund mehrerer Sparmassnahmen und auch unter aktiver Mitwirkung der Finanzkommission ausgeglichen beschlossen worden ist. Das Defizit 2012 belastet nun auf Grund der Schuldenbremse die Rechnung 2014 bzw. allenfalls bei einer Zustimmung von mindestens 96 Ratsmitgliedern die Rechnungen 2014 – 2017 massiv.

Die Regierung berichtet in ihrer Medienmitteilung „erfreulicherweise“ von einer „Punktlandung“ bei den Ausgaben und beklagt sich über tiefere Steuern. In der Tat ist aber das Ausgabenwachstum vom Jahr 2011 auf das Jahr 2012 aus verschiedenen Gründen um 600 Mio Franken gewachsen, wobei ungefähr 420 Millionen auf „echte“ Aufwandsteigerungen zurückzuführen sind. Auch die Steuern haben zugenommen, allerdings eben nicht in diesem Ausmass, sondern lediglich um rund 20 Mio Franken. Dieses Ausgabenwachstum gilt es nun zu bremsen. Zudem steht auch die Sanierung der beiden kantonalen Pensionskassen bevor, die eine weitere Verschlechterung der laufenden Rechnung bringen wird.

Die BDP verlangt vom Regierungsrat, das von der Finanzdirektorin lancierte Projekt der Aufgaben- und Strukturüberprüfung (ASP), unverzüglich und in vollem Umfang voranzutreiben. Dabei geht es nicht um reine Sparübungen bei unveränderten Kantonsaufgaben, sondern um das echte Hinterfragen von staatlichen Aufgaben und Strukturen. Das strukturelle Defizit von rund 400 – 600 Mio Franken muss vor allem durch Aufwandreduktion beseitigt werden. Steuererhöhungen zur Sanierung des Staatshaushaltes lehnt die BDP klar ab.

Die BDP fordert, auch die Investitionen zu begrenzen. 2012 wurde mit 606 Mio Franken wiederum sehr stark investiert. Diese Investitionen führen in den Folgejahren zu höheren Abschreibungen und Zinsen und damit zu höheren Betriebskosten. Die BDP erwartet deshalb, dass bei jeder Investitionsausgabe verstärkt die Folgekosten dargestellt und analysiert werden und dass auch hier mehr Zurückhaltung geübt wird.

Die BDP anerkennt die Anstrengungen der Regierung und insbesondere der Finanzdirektion, das Problem des strukturellen Defizites zu lösen. In diesem Sinne sind alle Direktionen gefordert, das Ziel einer ausgeglichenen Rechnung verstärkt zu unterstützen.

Auskünfte: Grossrat Heinz Siegenthaler, Parteipräsident, 079 813 24 34
Grossrat Mathias Tromp, Mitglied Finanzkommission, 079 341 01 53

Bern, 14. März 2013